



Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V.

Aktuell seit 24.06.2026 15:54:23

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001133
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	24.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	24.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) Kaufmannstraße 71-73 53115 Bonn Deutschland Telefonnummer: +492289858110 E-Mail-Adressen: bdp@bdp-online.de Webseiten: www.bdp-online.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e. V. (BDP) Reinhardtstraße 27 10117 Berlin Telefonnummer: +492289858110 E-Mail-Adresse: bdp@bdp-online.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1.330.001 bis 1.340.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

5,65

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Stephanie Franck-Oberaspach**
Funktion: Vorsitzende
2. **Dr. Felix Büchting**
Funktion: stellvertretender Vorsitzender
3. **Dietmar Brauer**
Funktion: stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (18):

1. **Dr. Carl-Stephan Schäfer**
2. **Ulrike Amoruso-Eickhorn M. A.**
3. **Kerstin Schlemmer**
4. **Bettina Sánchez Bergmann**
5. **Dr. Markus Gierth**
6. **Stefan Lütke Entrup**
7. **Thyra von Creytz LL.M. (London)**
8. **Dr. Steffen Kawelke**
9. **Dr. Anja Dederichs**
10. **Dr. Christoph Stephan**
11. **Jürgen Held**
12. **Dr. Anoush Steinberger-Ficiciyan**
13. **Vicente Jaramillo**
14. **Dr. Dennis Hehnen**
15. **Nicole Ickstadt**
16. **Stephanie Franck-Oberaspach**

17. **Dr. Felix Büchting**

18. **Dietmar Brauer**

Gesamtzahl der Mitglieder:

122 Mitglieder am 17.06.2026, davon:

1 natürliche Person

121 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (27):

1. Deutscher Bauernverband e. V.
2. Gesellschaft für Pflanzenzüchtung e. V.
3. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V.
4. Euroseeds
5. Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V.
6. Verband der Deutschen Agrarjournalisten e. V.
7. Deutschen Maiskomitee e. V.
8. Getreidefonds Z-Saatgut e. V.
9. UFOP Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen e.V.
10. Verbindungsstelle Landwirtschaft-Industrie e.V.
11. Lebensmittelverband Deutschland e. V.
12. Forum Moderne Landwirtschaft e.V.
13. Union der Deutschen Kartoffelwirtschaft e.V.
14. ICC Germany e. V.
15. German Export Association for Food and Agriproducts GEFA e. V.
16. German Agribusiness Alliance
17. International Seed Federation
18. Vereinigung von Fachleuten des Gewerblichen Rechtsschutzes e. V.
19. Förderungsgemeinschaft der Kartoffelwirtschaft e. V.
20. Bundesverband der Kommunikatoren e. V.
21. Braugersten-Gemeinschaft e. V.
22. Freundeskreis Burg Warberg e. V.
23. Arbeitsgemeinschaft Getreideforschung e. V.
24. Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht
25. FriedensBrot e. V.
26. Verein Ehemaliger & Förderer Futterkamp
27. Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Berufliche Bildung; Entwicklungspolitik; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter e.V. (BDP) mit Sitz in Bonn und Berlin ist die berufsständische Vertretung der rund 130 Pflanzenzuchtunternehmen und Saatenhändler in Deutschland aus den Bereichen Landwirtschaft, Gemüse und Zierpflanzen. Mit einer F&E-Quote (Forschung & Entwicklung) von 15,5 Prozent gehört die Pflanzenzüchtung zu den innovativsten Branchen in Deutschland. Rund 6.000 Beschäftigte finden in ihr einen Arbeitsplatz und legen mit ihrer Tätigkeit die Basis für eine erfolgreiche Landwirtschaft und die darauf folgenden Stufen der Wertschöpfungskette.

Um die Rahmenbedingungen für die Branche zu verbessern, betreibt der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter Lobbyarbeit. Mithilfe von Forderungskatalogen, Positionspapieren, Stellungnahmen und Pressemitteilungen informieren wir Abgeordnete, die Bundes- und Landesregierungen, Bundes- und Landesministerien und deren zugehörige Behörden sowie die breite Öffentlichkeit. Der BDP gibt Stellungnahmen und Vorschläge für gesetzliche Regelungen auf Bundes- und EU-Ebene ab. Im Rahmen der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit beteiligt sich der BDP an Messen, Kongressen und Fachveranstaltungen. Darüber richtet der BDP Veranstaltungen für die Parlamentarier wie z.B. Parlamentarische Abende aus.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Klarstellung im Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz (AgrarOLkG)

Beschreibung:

In das Gesetz sollte eine klare Regelung aufgenommen werden, dass Saat- und Pflanzgut nicht in den Anwendungsbereich des AgrarOLkG fällt.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/11948 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung agrarrechtlicher Vorschriften

Betroffenes geltendes Recht:

AgrarMSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

2. Änderung des SortSchG und der Gemeinschaftssortenverordnung 2100/94, um Durchsetzbarkeit des Sortenschutzes zu verbessern

Beschreibung:

Grundsätzlich ist Nachbau unter der Bedingung der Zahlung einer Nachbaugebühr bei bestimmten Kulturarten erlaubt. In Deutschland wird jedoch auf ca. 20 Prozent der Anbauflächen bei Getreide und ca. 80 Prozent der Anbaufläche bei Kartoffel keine Gebühr für die erneute Nutzung von Saat- bzw. Pflanzgut an die Züchter der Pflanzensorten, die

Sortenschutzinhaber, gezahlt. Den Züchtern entgehen so insgesamt pro Jahr ca. 15 Millionen Euro Nachbaugebühren, die ihnen zustehen. Der BDP fordert, eine Anpassung der Gesetzgebung, die eine praktikable und zuverlässige Erhebung der Nachbaugebühren ermöglicht.

Betroffenes geltendes Recht:

SortSchG 1985 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

3. **Änderung des PatG und der EU-Biopatentrichtlinie 98/44/EG, um Patentierbarkeit einzuschränken**

Beschreibung:

Der freie Zugang zu pflanzengenetischem Material ist elementar für die Züchtungsarbeit und den Zuchtfortschritt. Biologisches Material, welches auch in der Natur vorkommen oder entstehen könnte, darf daher nicht patentiert werden. Vor dem Hintergrund zunehmender Patentierungen im Bereich pflanzlicher Eigenschaften und moderner Genomeditierungsverfahren muss dies schnellstmöglich rechtsverbindlich sichergestellt werden. Um die Arbeitsfähigkeit in der Pflanzenzüchtung in der Zwischenzeit aufrecht zu erhalten, sollten Lizenzplattform wie beispielsweise die ACLP (Agricultural Crop Licensing Platform) oder die International Licensing Platform Vegetable als Übergangslösung auch von der Politik gestärkt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

PatG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

4. **Grundsätzliche Befürwortung der EU-Verordnung über mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen**

Beschreibung:

Der BDP spricht sich dafür aus, dass Pflanzen, die auch natürlicherweise bzw. durch Kreuzung und Selektion entstehen könnten, nicht den strengen Auflagen des Gentechnikrechts unterliegen und genauso behandelt werden sollten wie ihre klassisch gezüchteten Gegenstücke. Hiernach sollten Pflanzen nicht als GVO reguliert werden, wenn:

1. die Veränderungen in der Pflanze ausschließlich durch Mutagenese (sowohl klassisch als auch gezielt) entstanden sind
- oder
2. die Pflanze ausschließlich genetisches Material kreuzbarer Arten und
3. keine Neukombination von genetischem Material beinhaltet, wie sie natürlicherweise nicht vorkommen würde.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

5. Anpassung des Vorschlags zur EU-Verordnung über Pflanzenvermehrungsmaterial zur Sicherung der Grundsäulen des Saatgutrechts als EU-Standard

Beschreibung:

Sortenzulassung und Saatgutenerkennung bilden die Grundsäulen des Saatgutrechts. Der BDP weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Grundsäulen bestehen bleiben und außerdem auch weiterhin der hoheitlichen Kontrolle unterliegen müssen. Auf diesem Weg wird eine hohe Objektivität und damit verbunden eine bestmögliche Qualität des Saat- und Pflanzguts insbesondere für den Landwirt, aber auch alle anderen Nutzer, sichergestellt. Der BDP setzt sich dafür ein, dass die Grundsäulen des Saatgutrechts nicht durch neue und erweiterte Ausnahmeregelungen geschwächt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SaatVerkG 1985 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

6. Änderung des Zukunftsprogramms Pflanzenschutz des BMEL

Beschreibung:

Der BDP fordert, dass das „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ bei gebietsbezogenen Anwendungsverböten von Pflanzenschutzmitteln eine Ausnahme für Flächen vorsieht, die zur Pflanzenzüchtung oder Saat- und Pflanzgutproduktion genutzt werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406250219 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.
WP) [alle SG dorthin]

7. Forderungskatalog des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter

Beschreibung:

Dieser Forderungskatalog bezieht sich auf den Sorten- und Patentschutz, die Forschungsförderung, neue Züchtungsmethoden, den Einsatz von Beizmitteln, den Zugang zu genetischen Ressourcen und die Sortenprüfung. Details können den Ausführungen zu den vorgenannten Bereichen entnommen werden.

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [[alle RV hierzu](#)]; Entwicklungspolitik [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Land- und Forstwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2504090011** (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Organe [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP)
[[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP)
[[alle SG dorthin](#)]

8. **Änderung der 1. Verordnung zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung des BMEL**

Beschreibung:

Die Gebührenerhöhung sollte drastisch reduziert werden und nicht so kurzfristig in Kraft treten.

Referentenentwurf:

1. VO zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen in dessen Zuständigkeitsbereich (Vorgang) [[alle RV hierzu](#)]

Datum der Veröffentlichung: 12.11.2025

Federführendes Ministerium: BMLEH [[alle RV hierzu](#)]

Betroffenes geltendes Recht:

BMELBGebV [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Land- und Forstwirtschaft [[alle RV hierzu](#)]

9. **Änderung des Verordnungsvorschlags für ein Vereinfachungspaket der Europäischen Kommission zur Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie zum Tierschutz**

Beschreibung:

Die in dem Verordnungsvorschlag zum sogenannten Omnibus X-Gesetzgebungspaket vorgesehene Klarstellung, dass die Aussaat von mit Pflanzenschutzmitteln behandeltem

Saatgut eine Anwendung des Pflanzenschutzmittels ist, lehnt der BDP ab. Behandeltes Saatgut darf nicht einem Pflanzenschutzmittel gleichgesetzt werden. Der BDP spricht sich für die Schaffung einer EU-einheitlichen Regelung für die Saatgutbehandlung für Saatgut, das in Staaten außerhalb der EU exportiert wird, durch eine entsprechende Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 aus.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Bonn

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Russland ist ein wichtiger Markt für deutsche Sorten und deutsches Saatgut. Deutsche Sorten sind gut für den russischen Markt geeignet und die deutschen Saatgutunternehmen verfügen über traditionell gute Beziehungen zu russischen Partnern. Die deutschen Unternehmen beschränken sich nicht auf den Export von Vermehrungsmaterial. Vielmehr gehen sie dazu über, auch Saatgut in Russland zu produzieren und Züchtungsaktivitäten in das Partnerland zu verlagern. Die deutschen Unternehmen tätigen in Russland erhebliche Investitionen.

Saatgut konnte bisher weitgehend vom russischen Boykott landwirtschaftlicher Produkte aus der Europäischen Union ausgenommen werden. Die ungelösten Konflikte in der Ukraine und im Mittleren Osten lassen eine Vorhersage der weiteren politischen Entwicklungen problematisch erscheinen. Dieses Projekt soll dazu beitragen, den russischen Markt für die deutsche Saatgutwirtschaft zu erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

3.230.001 bis 3.240.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. KWS SAAT SE & Co. KGaA

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[BDP-e-V-JAP-2025-fuer-Lobbyregister.pdf](#)